

01.09.2018 - Israel verabschiedet Nationsgesetz...

... und wird auch offiziell ein Apartheidstaat ? der Mythos der israelischen Demokratie ist am Ende

von Shir Hever*

Die Tage der israelischen Regierungskoalition sind gezählt, Neuwahlen liegen in der Luft. Was hat Netanyahu für die Israelis erreicht, seitdem er 2015 zum vierten Mal zum Premierminister gewählt wurde? Fast nichts ? er hat sich auf Außenpolitik konzentriert, und deshalb fällt es ihm schwer, die Öffentlichkeit von seinen zahlreichen Korruptionsaffären abzulenken.

Am 19. Juli hat die Koalition es geschafft, das sog. «Nationsgesetz» zu erlassen. Dieses wurde erstmals 2011 vorgeschlagen und seitdem häufig fälschlich aus dem Hebräischen als «Nationalstaatsgesetz» übersetzt. Diese falsche Übersetzung verdreht vollständig seine tatsächliche Bedeutung.

Israelische Politiker behaupten seit langem, dass Israel sowohl ein «jüdischer Staat» wie auch eine Demokratie sein könne, weil es ein «Nationalstaat» sei, so wie Frankreich ein Nationalstaat ist. Das Gesetz schließt eine solche Interpretation allerdings aus. Frankreich ist ein Nationalstaat in dem Sinne, dass es rechtlich keinen Unterschied gibt zwischen französischer Nationalität und französischer Staatsbürgerschaft. In Israel hingegen wird sehr klar unterschieden zwischen israelischer Staatsbürgerschaft und jüdischer Nationalität, jede dieser beiden Kategorien zieht eine ganze Reihe von unterschiedlichen Rechten nach sich.

Israel ist kein -Nationalstaat

2013 befand der Oberste israelische Gerichtshof, dass es keine «israelische Nationalität» gäbe. Und in der Tat: Nichtjuden können in den Genuss einiger elementarer Bürgerrechte gelangen ? etwa das Recht auf Ausbildung bis zum 16. Lebensjahr, das Recht auf Krankenversicherung, Wahlrecht bei lokalen und nationalen Wahlen sowie Zugang zu öffentlichen Diensten (Gerichtshöfen, Sozialversicherung usw.). Aber umfassende Staatsbürgerrechte wie die Achtung der eigenen Sprache und Religion, das Recht auf Vertretung bei den Behörden (vor Gericht, bei Polizei und Armee) oder das Recht, Kundgebungen und Demonstrationen anmelden zu dürfen, werden ausschließlich Juden

zuerkannt.

Hinzu kommt, dass 4,5 Millionen Palästinenser im Westjordanland und in Gaza israelischer Kontrolle unterworfen sind und diese noch nicht einmal elementare Bürgerrechte genießen. Sie unterliegen israelischen Gesetzen, benutzen die israelische Währung und zahlen Steuern an das israelische Finanzministerium, sind jedoch nicht Bürger Israels, sondern Staatenlose.

Ergebnis dieses komplexen Systems ist, dass Menschen nach ihrer Ethnizität, ihrer Religion und nach ihrem Geburtsort einsortiert werden und es ihnen unmöglich gemacht wird, ihren Geburtsstatus zu ändern. Ein UN-Bericht vom März 2017 nannte dieses System beim richtigen Namen: Apartheid.

Der UN-Bericht löste einen großen Skandal aus, und die US-Regierung machte einen solchen Druck, dass der Bericht zurückgezogen wurde. Die israelische Regierung antwortete jedoch damit, den Gesetzentwurf zur Nation vorzubereiten, der Israels Apartheid-Regime zur offiziellen Politik machen wird.

Es handelt sich um ein Grundlagengesetz. Da Israel keine Verfassung hat, spielen derartige Grundlagengesetze eine sehr wichtige Rolle. Es schreibt fest, dass der israelische Staat der jüdischen Nation gehört und nicht seinen Bürgern. Das Gesetz macht jüdische Nationalsymbole (nicht religiöse Symbole!) zu Symbolen des Staates und sieht Hebräisch als einzige Amtssprache vor.

Ungleiche Rechte

Nur zwei Fraktionen waren strikt dagegen. Eine davon ist die Gemeinsame Liste, zu der sich drei Parteien zusammengeschlossen haben: die linke Hadash, die national-palästinensische Balad und die muslimische Ra'am-Ta'al. In Erwägung, dass das Gesetz über die Nation den palästinensischen Bürgern Israels (weitere) Rechte nehmen wird, haben sie einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem Israel zu einem demokratischen Land werden soll, in dem alle Bürger die gleichen Rechte haben.

Es scheint absurd, dass überhaupt ein solches Gesetz notwendig ist. Jedes demokratische Land sollte in seiner Verfassung stehen haben, dass alle seine Bürger gleiche Rechte haben. Der Staat Israel ist aber kein demokratisches Land. Das Präsidium

der Knesset scheute nicht einmal davor zurück, den alternativen Gesetzentwurf zurückzuweisen und von der Beschlussfassung auszuschließen. In der Geschichte des Staates Israel hat das Knesset-Präsidium bisher nur dreimal zu einer solchen Maßnahme gegriffen. Sie wurde damit begründet, dass der Gesetzentwurf der Gemeinsamen Liste den Staat Israel als jüdischen Staat beseitigen würde. Damit hat das Knesset-Präsidium allerdings genau auf den Punkt gebracht, worum es geht: Dass ein jüdischer Staat eben nicht die gleichen Rechte für alle seine Bürger garantieren kann.

Seit seiner Gründung 1948 befindet sich der israelische Staat im Ausnahmezustand. Er hat keine Verfassung, und nach Angaben der Rechtschutzorganisation Adalah gibt es heute 65 Gesetze, die verschiedene Minderheiten diskriminieren, die allermeisten davon Palästinenser. Die israelischen Behörden kontrollieren ein Gebiet, in dem fast 13 Millionen Menschen leben, von denen nur 48 Prozent Juden sind; von den zur Wahl der Knesset Berechtigten sind aber 78 Prozent Juden. Ohne das Recht auf freie Religionsausübung, angesichts einer Militärzensur, die die freie Meinungsäußerung unterdrückt, angesichts völlig unterschiedlicher Möglichkeiten der Organisation und Aktion fehlen dem israelischen Staat Mindestbedingungen, um als Demokratie zu gelten.

Demokratie und -Rechtsstaat

Für viele Israelis ist das allerdings überhaupt kein Problem. Wenn wir von Demokratie im heutigen Kontext sprechen, so meinen wir «liberale Demokratie», ein politisches System mit vielen Defekten auf der Grundlage kapitalistischer Marktwirtschaft. Liberale Demokratien, wie sie heute bestehen ? so wie die USA, die EU-Mitgliedsländer, Indien oder Japan ? sind mit zahlreichen Defiziten behaftet, von sozialer Ungleichheit, Rassismus und einem ungerechten politischen System geprägt. Aber trotz der gravierenden Mängel der liberalen Demokratie würden nur sehr wenige Menschen die ehemalige DDR als «demokratisch» bezeichnen ? trotz ihres wohlklingenden Namens. Sie war, wie der israelische Staat, ein Staat mit Zensur, Bespitzelung der Bevölkerung, einem befangenen Rechtssystem sowie einem System, das sicherstellte, dass nur eine ideologische Richtung in den staatlichen Institutionen die Mehrheit hatte, und zwar unabhängig davon, wieviel Prozent der Bevölkerung dieser Ideologie anhängen.

Viele der heute lebenden Deutschen haben die Verhältnisse in einem nichtdemokratischen Staat erlebt. Dennoch scheinen sich nur sehr wenige Deutsche daran zu erinnern, was das tatsächlich bedeutet. Nur wenige sehen Ähnlichkeiten mit

Israel. Beispielsweise wird der Begriff Rechtsstaat austauschbar mit Demokratie benutzt, auf eine Art und Weise, die die Definition verunklart. Das kann dazu führen, dass Leute meinen, ein Staat, der nicht demokratisch ist, müsse faschistisch sein. Der israelische Staat ist indes kein faschistischer Staat, noch ist er totalitär. Er stellt ein relativ hohes Maß an Meinungsfreiheit sicher, allerdings nur für einen Teil seiner Bevölkerung. Juden dürfen die Regierung kritisieren, und wenn sie ihre Augen vor den Verhältnissen verschließen, in denen ihre nichtjüdischen Nachbarn leben, können sie sogar der Meinung sein, dass sie in einer Demokratie leben. Angesichts dessen sagte das israelische Knesset-Mitglied Ahmad Tibi einmal: «Israel ist für seine jüdischen Bürger eine Demokratie und für seine arabischen Bürger ein jüdischer Staat.»

Auch die jüdische -Bevölkerung ist gefährdet

Aber die Dinge ändern sich. Die israelische Regierung betreibt in immer schnellerem Tempo eine Politik, die die verbliebenen Freiheiten im politischen System beseitigt. Und weil es vor allem Juden sind, die diese kleinen Freiheiten genießen, greift die israelische Regierung auch die Privilegien der jüdischen Bevölkerung in Israel an. Das ist nicht nur beim Nationsgesetz der Fall, es betrifft z.B. auch die öffentliche Förderung von Kunst (wie Kino und Theater), wo sie dazu übergeht, nur regierungskonforme Programme zu fördern; sie erstellt schwarze Listen über solche Israelis, die die BDS-Kampagne unterstützen; behindert die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen, die sich der Verteidigung der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten widmen, und erweitert die Überwachungs- und Festnahmemöglichkeiten der Sicherheitsorgane.

Im Streben nach mehr Macht und Einfluss hat die israelische Regierung ihre Beziehungen zu Ungarn und Polen vertieft. Dabei spielt es offenbar keine Rolle, dass Ungarns Premier Viktor Orbán mit einer antisemitischen Kampagne die Wahlen gewonnen hat oder dass das polnische Parlament mehrheitlich ein Gesetz verabschiedet hat, das diejenigen unter Strafe stellt, die die Rolle christlicher Polen bei der Judenvernichtung während des Holocaust und kurz danach thematisieren. Inzwischen hat das israelische Holocaust-Museum Yad Vashem die Politik der israelischen Regierung als «Verrat» bezeichnet, weil sie mit illiberalen autoritären Regierungen Bündnisse eingeht, die angeblich Juden vor Antisemitismus schützen sollen. Das Beispiel macht auch klar, was die israelische Regierung mit ihrer Vorstellung vom «jüdischen Staat» meint: Letztlich ist es ein Staat für die regierungsloyalen, zionistischen Juden.

Aus all diesen Gründen ist Demokratie ein erstrangiges Thema der Kampagne «Solidarität mit Palästina». Die Forderungen nach Gleichberechtigung, universalen Bürgerrechten und dem Prinzip «Ein Mensch ? eine Stimme» mobilisieren nicht nur Unterstützung von Palästinensern, sondern auch von Juden aus Israel und weltweit. Denn in einem undemokratischen System haben selbst Juden keine umfassenden und gesicherten Bürgerrechte: Sie haben Privilegien, die ihnen genommen werden können, wenn sie nicht mehr loyal zur Regierung stehen.

** Shir Hever ist ein israelischer Autor und Ökonom und lebt in Heidelberg. Zuletzt erschien von ihm in SoZ 4/2018 ein Beitrag über den deutschen Waffenhandel mit Israel. (Übersetzung/Bearbeitung: Hermann Dierkes.)*